Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 1950.- einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 25 Mk. :: Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum Mk. 35.—, auswärts Mk. 40.—. :: Reklamezeile 100 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 7 | Fernruf 179 | Wildbad, Mittwoch, den 10. Januar 1923 | Fernruf 179 | 58. Jahrgang

Der Vormarsch gegen Essen a. d. Ruhr.

Ein deutscher Rechtsprotest

Am Mittwoch gedenkt die glorreiche französische Armee die deutsche Stadt Essen a. d. Ruhr zu „erobern". Der kühne Handstreich gegen eine wehrlose Bevölkerung ist nicht etwa schon der Beginn jener Pfänderpolitik, die Poincaré an das Fälligwerden der nächsten deutschen Zahlungen knüpfen will, sondern es handelt sich um das, wofür derselbe Poincaré das Wort „Sanktionen" ersonnen hat; es handelt sich um eine militärische Folter zwecks Ausübung politischen Drucks auf die deutsche Regierung, die für weitere Mißhandlungen gefügig gemacht werden soll. Reichskanzler Dr. Cuno, dessen schwierige Stellung wahrlich nicht zu beneiden ist, wird im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags sprechen. Er hat gegen die Tanks und Maschinengewehre des französischen Vormarsches nur die Waffe des Rechtsprotestes. Vielleicht gelingt es ihm, die veränderte Rechtslage innerhalb der Entente nachzuweisen, woraus sich dann ergäbe, daß der Versailler Vertrag nichtig geworden ist. Dieser Beweisführung stande nur leider die Tatsache entgegen, daß England aus der Entschädigungskommission nicht ausgetreten, daß die Entente also noch nicht erloschen ist.

Im Zusammenhang damit sei auf die Untersuchungen des deutschen Juristentages hingewiesen, der im September 1921 in Bamberg stattfand. Damals stellte der bekannte Würzburger Universitätsprofessor Geheimrat Meurer, einer der bedeutendsten Staats- und Völkerrechtsgelehrten, fest, daß der Versailler Vertrag nur zwei Arten von Zwangsmaßregeln kennt: zunächst Maßregeln wirtschaftlicher Art im Sinn des Artikels 18, sodann Bürgschaften für die Durchführung des Friedensvertrags durch Verlängerung der Rheinbesetzung nach Artikel 428 bis 432. Eine räumliche Ausdehnung über das Besetzungsgebiet hinaus kennt der Friedensvertrag nicht. Jede Sanktion in militärischer Ausdehnung verletzt den Friedensvertrag und das Völkerrecht. Die Regierung Cuno wird sich diese Fassung zu eigen machen, weil sie am kürzesten und wirksamsten ist, soweit bei der traurigen Lage Deutschlands noch an eine „Wirkung" gedacht werden kann.

Dies die juristische Seite des kommenden Ereignisses. Die praktischen, wirtschaftlichen Folgen des rechtswidrigen Vormarsches sind bekannt. Wie sehr ein solcher Kriegszug im Frieden in die bürgerlichen Rechte der Bevölkerung, in das gewerbliche Leben, in die Freiheit der Presse und in die Selbstverwaltung eingreift, hat man bei der militärischen Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort schaudernd erlebt. Die schwerste Bedrückung liegt in der Beschlagnahme von Wohnräumen für Offiziere und Truppen. In Düsseldorf waren zeitweilig mehr als 300 Schulklassen ihrer Bestimmung entzogen. Als Offiziersquartiere wurden bis zu 1200 Bürgerwohnungen beschlagnahmt. In Duisburg, das vor dem Krieg kein Militär, also auch keine Kasernen hatte, wurde die Wohnungsnot noch viel größer. Hier verursachte die Einquartierung im ersten Jahr der Besetzung 40 Millionen Mark Unkosten. Dazu kamen in den drei genannten Städten die Vergünstigungen für die französischen und belgischen Militärpersonen im Verkehr, Gewerbe, Theater usw., was überall einen erheblichen Einnahmeausfall bedeutet, nicht zu reden von den zahlreichen Roheitsausschreitungen der fremden Eroberer und den schikanösen Strafen gegen die Einheimischen. Das Schicksal der Stadt Essen wird jedem Deutschen zu Herzen gehen. — er.

Die Einmarschkrise

Die Reichsregierung bleibt fest

Berlin, 9. Jan. In der gestrigen Kabinettssitzung wurde einhellig festgestellt, daß das Vorgehen Frankreichs ein glatter Bruch des Friedensvertrags sei. Es wurden Maßnahmen beschlossen, deren Umfang davon abhängt, ob die Franzosen eine volle militärische Besetzung des Ruhrgebietes vornehmen oder sich auf wirtschaftliche Zugriffe beschränken. Die Regierung erwartet vom deutschen Volk, daß es gegen den Angriff eine geschlossene Einheitsfront bilde. Die Maßnahmen der Regierung werden nach dem „Tag" auch für die innerpolitische Lage praktische Bedeutung haben. Gegen die Besetzung soll ein Einspruch erhoben werden, der für Deutschland eine neue Vertragsgrundlage schaffe.

Reichskanzler Cuno zum französischen Vertragsbruch

Berlin, 9. Jan. Reichskanzler Cuno empfing gestern Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen folgende Erklärung ab:

Die verbündeten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Entschädigungsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Frankreich scheint sich zu dem Versuch aufgerufen zu fühlen, seine Ansprüche im Weg des Zwangs und der Gewalt durchzusetzen. Da kann ich nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen, daß wir bereit waren und es gegenwärtig sind, Verzichtleistungen auf unsere Wirtschaft bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen. Aber wir sind nicht willens, uns irgendeinem Zwang zu beugen.

Wir haben das Unsere getan. Wir sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leids gehen. Wir werden der Gewalt nicht mit Gewalt entgegentreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volk tun können, das ist, die wirtschaftliche Unvernunft und Rechtlosigkeit des französischen Vorgehens der Welt in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt! Frankreich versucht, das geplante Vorgehen mit einem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von „Sanktionen" und Pfändern spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. So ungeheuerlich der Vertrag auch ist, er geht nicht so weit, den Verbündeten beliebige Angriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderung aus dem Vertrag, namentlich zur Sicherung der Entschädigungsforderungen, halten die Verbündeten für eine bestimmte Zeit die Rheinlande besetzt, eine Sicherung, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrag zwischen Kulturvölkern festgelegt wurde. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, so ist das nicht eine Ausübung des vertraglichen Rechts, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Die Franzosen im Anmarsch

Berlin, 9. Jan. Aus dem besetzten Gebiet und der Rheinpfalz werden starke Truppenbewegungen aus Frankreich her gemeldet; die linksrheinische Rheinbahn ist für Güterverkehr gesperrt. Eine belgische Truppenabteilung ist marschbereit. In langen Zügen werden die Truppen zur Rheingrenze gebracht.

Die Stellung Englands

London, 9. Jan. Die britische Regierung hält die Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier nunmehr für unvermeidlich und man glaubt, daß sie eine dauernde sein werde. England wird eine „abwartende" Stellung einnehmen, dabei aber die Haltung Deutschlands sehr genau beobachten. Auf jeden Fall gedenkt man in England nur eine rein englische Politik zu verfolgen, wie sehr man auch gewünscht hätte, daß Frankreich den Vertrag von Versailles nicht gebrochen hätte. Aber in England weiß man, daß man (aus guten Gründen) mit Frankreich weiter „zusammenarbeiten" muß, wie denn auch die Vertreter der Londoner Blätter in Paris übereinstimmend berichten, daß überraschenderweise die englisch-französische Meinungsverschiedenheit auf das Zusammenwirken beider Verbündeten im Orient günstig eingewirkt habe. Dagegen kann man in England die Beklemmung wegen des Ruhrgebiets nicht los werden.

Bradbury über die „abscheulichen" Holzlieferungen

Paris, 9. Jan. Die „Chicago Tribune" berichtet: In Paris macht eine Bemerkung Aufsehen, die Bradbury, also er in der Entschädigungskommission gegen die Feststellung einer deutschen Verfehlung in der Frage der Holzlieferungen sprach, vor einigen Tagen fallen ließ. Er bemerkte: Seit das hölzerne Pferd von Troja gebaut wurde, ist Holz niemals zu einem solchen abscheulichen Zweck verwendet worden. Er erklärte den Vorschlag, eine vorsätzliche Verfehlung festzustellen, für unbegründet, da die Kommission sich früher damit einverstanden erklärt hätte, daß die Angelegenheit geschäftsmäßig behandelt würde. Die Bemerkung Bradburys ist in Pariser amtlichen Kreisen allgemein bekannt geworden.

Tagesspiegel

Ins Ruhrgebiet ist bereits ein zweiter Transport französischer Milliäringenieure abbefördert worden.

Das Pariser Blatt „Oeuvre" schreibt, am Donnerstag früh 5 Uhr werde die Vorhut des General Degoutte aus der „neutralen Zone" von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort die Grenze überschreiten. Um die Zusammenarbeit der Verbündeten darzutun, werden belgische Truppen die Franzosen begleiten und italienische Ingenieure die französischen Ingenieure.

Die 11. griechische Division soll nach einer Konstantinopeler Meldung Karagatsch (gegenüber Adrianopel) besetzt haben. — Die türkischen Vertreter auf der Friedenskonferenz verlangen, daß Karagatsch untrennbar mit Adrianopel verbunden sei.

Arbeiterkundgebungen in England

London, 9. Jan. Am Sonntag abend wurden in London und in den Provinzstädten von den Gewerkschaften und den Sozialisten große Kundgebungen veranstaltet und die sofortige Einberufung des Parlaments zur Beratung der Arbeitslosenfrage verlangt. Der Arbeiterführer Smillie erklärte in Glasgow, die Arbeiterpartei werde im Unterhaus so lange die parlamentarische Arbeit zu stören suchen, bis die Arbeitslosenfrage geregelt sei. (Die Kundgebungen richten sich mittelbar gegen den französischen Ueberfall auf das Ruhrgebiet, der den lohnenden Absatz englischer Kohlen nach Deutschland wieder in Frage stellt und die Arbeitslosigkeit in England aufs neue verschärfen würde. — D. Schr.)

Frankenfluch

Newyork, 9. Jan. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Newyork Herald" sagte der zurzeit in Amerika weilende britische Schatzkanzler Baldwin, die Welt fürchte Revolutionen in Frankreich und Deutschland. Nach dem Abbruch der Verhandlungen in Paris sei sicher mit einem neuen Sturz der Währungen zu rechnen, der französische Franken werde aber ebenso davon ergriffen werden, wie die deutsche Mark.

An der Londoner Börse wurde am 8. Januar der französische Franken mit 67.50 (statt 100) notiert. Das ist der tiefste Stand, den der Franken bisher erreicht hat.

Ehrlich Geld

Im 30jährigen Krieg hat es eine Zeit der sog. „Kipper und Wipper" gegeben. Die Münzherren — es gab eine Zeit, wo es im Reich über 6000 Münzstätten gab, ungerechnet die unerlaubten „Heckenmünzen" — suchten sich durch Münzverschlechterungen aus ihren finanziellen Nöten zu helfen. Das hatte zur Folge, daß die verschlechterte Münze alsbald niedriger bewertet wurde, ebenso wie heute die Papiermark ständig im Wert sinkt. Je größer die Zahl der umlaufenden Münzen wurde, um so niedriger standen sie im Wert. So stand in Süddeutschland im Jahr 1618 der Reichstaler auf 108 Kreuzer, statt auf 68, 1620 auf 140, 1621 auf 390, 1622 auf 450 bis 600 Kreuzer. Natürlich war der Taler nicht um so viel gestiegen, aber dafür wurden die Kreuzer um so viel schlechter geprägt. Nicht nur der Kreuzer wurde verschlechtert, sondern auch der Gulden. Kaiser Ferdinand II. verpachtete dem Prager Kaufmann de Witte nebst 15 Gesellschaftern das Recht, öffentliche Münzen für Böhmen, Mähren, Ober- und Niederösterreich zu schlagen. Für das etwa ein Jahr laufende Pachtrecht zahlte de Witte dem Kaiser 6 Millionen, natürlich aus selbst hergestellten Gulden. Während sein Vertrag mit dem Kaiser aber de Witte nur erlaubte, aus einer feinen Wiener Mark 79 Gulden zu prägen, ließ sich Wallenstein daraus 123 Gulden schlagen. Der Hofkammerrat Paul Michna ließ sich 248 Mark herstellen, und der böhmische Statthalter selbst, Carl Fürst zu Liechtenstein, gar 569. Das Volk schimpfte und wetterte über Wucher und Betrug. Endlich brachte das Jahr 1623 das Ende der Kipper- und Wipperzeit: ein kaiserlicher Erlaß setzte die schlechten kaiserlichen Münzen auf ein Sechstel bis ein Achtel des Werts herab und den Wert des oberdeutschen Talers auf 90 deutsche Kreuzer fest. Innerhalb eines Vierteljahrs mußte alles schlechte Geld in gutes umgewechselt sein. Das war aber nur ein begrenzter Geldbetrug, denn Metall duldet keine unendliche Streckung. Seitdem jedoch die Druckerpresse ihren Siegeszug angetreten hat, wird nicht mehr mit Metallgeld, sondern mit Papiergeld die Geldverschlechterung betrieben. Der bekannte englische Finanzmann John Law machte in Frankreich Aktien und Banknoten und brachte damit das Gründungsfieber zu einer bis dahin nicht gekannten Blüte. Das Frankreich der ersten Revolution aber schuf die Assignaten, und der Weltkrieg hinterließ uns die steigende Banknotenflut, aus der wir nun nach Rettung suchen. Als man die 1790 in den Verkehr gebrachten Assignaten in Paris

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

am 19. Februar 1796 auf dem Place Vendome unter großer Feierlichkeit verbrannte, wurden sie mit 0,29 Prozent des Metallgeldwerts bewertet — unsere Mark hat heute nicht einmal mehr den 350. Teil des Metallgeldwerts, sondern, an den Devisenkursen gemessen, den 2000. Teil, und ein Ende der Entwertung ist noch gar nicht abzusehen. Ist doch der Umlauf an Reichsbanknoten Ende Dezember 1922 schon auf über 1280 Milliarden gestiegen.

„Zurück zur Goldmark" ertönt es, so lesen wir in der D. Tagesztg., — zurück zum ehrlichen Geld! Wenn man von Goldmark spricht, so ist damit nicht etwa die Einführung des Golds als alleiniges Geldumlaufsmittel das Ziel, sondern die Befestigung des Werts des Golds, wobei das Gold als Wertmesser dient. Man könnte ebensogut irgendeine andere Ware als Wertmesser nehmen oder den Durchschnitt der Preise einer Reihe von Waren (Index) oder eine bestimmte Arbeitsleistung, immer aber wird man nach einem möglichst auch nach außen festen Maßstab suchen müssen, damit von der Seite der Währungsbasis aus keinerlei oder doch nur verschwindend geringfügige Schwankungen des Geldwerts (durch Steigen oder Sinken z. B. des Währungsmetalls) in die Bewertung des Golds hineingetragen werden können. Weil Gold nun eine unverderbliche Ware ist und auch infolge seiner leichten Beförderungsmöglichkeit ganz besonders leicht zum Ausgleich von internationalen Zahlungen verwendet werden kann, so ist das gelbe Metall ein Währungsmetall geworden. Im internationalen Verkehr wird zur Regelung der Wechselkurse also das Gold benutzt, an dem damit also auch die Preise aller anderen Waren und Leistungen gemessen werden. Wechsel und die aus diesen hervorgegangenen Banknoten sind nur Zahlungsversprechen, während Gold sich als wirkliche Zahlung darstellt, wobei es durch jede andere Ware ersetzt werden kann, die dann natürlich, wie bemerkt, am Gold im Wert (durch den in irgend einer Valuta ausgedrückten Preis) gemessen wird.

Gold stellt einen Wertmesser dar, der nur im Lauf längerer Zeiten und bei übermäßiger oder ganz geringer Goldproduktion Schwankungen unterliegen kann. Es ist also ein besonders fester Wertmesser. Da wir nun in Deutschland eine ungeschützte Papierwährung haben, d. h. die niemand gegen Wertschwankungen schützt, so macht sich naturgemäß das Bedürfnis geltend, diesen Schwankungen bezw. der fortdauernden Entwertung in anderer Weise durch Selbsthilfe zu begegnen. So hört man von Abschlüssen auf Grund des Roggenpreises (Pachten). Das ist aber eigentlich der Versuch einer Befestigung nicht der Papierwährung, sondern der Forderungsrechte, indem z. B. Roggen diesen Forderungen als valutarische Unterlage dient. In derselben Richtung bewegt sich die Schaffung der Roggenrentenbriefe und neuerdings auch der badischen Kohlenanleihe von 1,1 Mill. To. Für den auf einen Zentner Roggen lautenden Rentenbrief hat der Käufer einen bestimmten Geldbetrag der Reichswährung einzuzahlen und erhält sowohl die Zinsen auf Grund des bei Fälligkeit bestehenden Roggenpreises, als auch bei der Tilgung bezw. Auslosung den derzeitigen Geldwert des Roggens in Landeswährung zurück. Damit ist nun für das Wertpapier und die Zinsen eine gewisse Wertfestigkeit geschaffen, eine eigentliche Roggenwährung aber ist es nicht, denn die Bewertung des Roggens erfolgt ja in dem jeweils geltenden Geld. Diesem Landesgeld aber dient keineswegs der Roggen als Währungsgrundlage. Ebensowenig ist das bei der Kohlenanleihe der Fall, wo bis zum Betrag des Geldwerts einer bestimmten Kohlensorte die Bürgschaft seitens des badischen Staats für die Anleihe des „Badenwerks" übernommen wird. Nur wenn die wirkliche Zahlung der Zinsen und die Rückzahlung in Roggen bezw. Kohlen zu erfolgen hätte, entsprechend der Einlösungspflicht der Banknoten in Gold bei vollfunktionierender Goldwährung, könnte man von einer Roggen- bezw. Kohlenwährung (Naturalwährung) sprechen.

Daraus geht hervor, daß man mit der Schaffung von Roggenrentenbriefen der Lösung der Währungsfrage zunächst noch nicht nähergekommen ist, wohl aber ist darin ein bedeutsamer Fortschritt zu erkennen auf der Bahn zum „ehrlichen Geld". Die Darlehnsnehmer sagen sich los von dem geltenden Währungsgeld und allen ihnen aus der Geldentwertung etwa erwachsenden Vorteilen. Nicht lossagen aber können sie sich von den Schwankungen in der Bewertung der von ihnen gewählten Valuta, die ihnen nützlich, aber auch gegebenenfalls schädlich sein kann. Denn der Roggen- bezw. Kohlenpreis stellt sich in diesem Zusammenhang nur als dasselbe dar wie irgendein Wechselkurs. Damit wird dann weiter der Beweis dafür geliefert, daß eine Währung auf dieser Grundlage ebenfalls einer stetig schwankenden Bewertung, gemessen an Goldvaluta, unterliegen würde, während doch unser Hauptstreben dahin gerichtet sein muß, eine auch international möglichst nur ganz geringen Schwankungen unterliegende Währung zu besitzen. Unsere Ausfuhrindustrie würde bei Fortdauer der starken Schwankungen — und besonders des fortgesetzten Auf und Nieder — niemals sicher kalkulieren können. Neben den Schwankungen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt würden auch bei einer Naturalwährung noch die Valutaschwankungen, und zwar mit voraussichtlich sehr starkem Hin und Her, als unsicherster Faktor bestehen bleiben. — Das würde auch in die Preisbildung für Getreide ein dauernd unsicheres Moment hineintragen, ungeachtet des Roggens als Währungsunterlage.

Ehrlich Geld gleich festes Geld. Dahin aber müssen wir wieder wie in Vorkriegszeiten kommen, sonst können wir auch der wirtschaftlichen Auswüchse nicht Herr werden.

Drohende Zerrüttung unserer Volksgesundheit

Am 4. Januar fand im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt eine Beratung statt, in der erschütternde Mitteilungen über den Stand der Volksgesundheit gemacht wurden. —

Daß es auf diesem Gebiet nach und nach recht traurig bei uns aussieht, ahnte man schon längst. Der Krieg und noch mehr die Hungerblockade hat fürchterliche Verheerungen gesundheitlicher Art bei uns angerichtet. Und wenn nicht in den letzten Jahrzehnten die ärztliche Kunst und die Gesundheits-Gesetzgebung so erstaunliche Fortschritte gemacht hätten, wer weiß, was mit dem armen, schwergeprüften und ausgehungerten deutschen Volk geworden wäre!

Der bekannte Volkswirtschaftler Ruskin hat irgendwo geschrieben: „Die Gesundheit des Volkes ist die Wohlfahrt des Staats." Und nun gerade dieses allerwichtigste Volksgut ist durch die seit Mitte 1922 eingetretene entsetzliche Geldentwertung aufs höchste gefährdet. Gefährdet sind die wissenschaftliche Forschung — man erinnere sich der November-Verhandlungen des Reichstags —, die ärztliche Vorsorgung, die gesundheitliche und soziale Fürsorge, die persönliche Gesundheitspflege, die Bekämpfung der Volksseuchen. Wer kann die ausländischen Arzneien und Oele beschaffen? Zahllose Stiftungen sind wertlos geworden, weil sie jetzt lächerlich geringe Erträge abwerfen. Forschungsreisen ins Ausland sind unmöglich. Zahlreiche medizinische Zeitschriften sind eingegangen, andere sind so teuer geworden, daß ihr Bezug die normalen Einnahmen weit übersteigen. Hunderttausende, die es so nötig hätten, müssen auf Erholungs- und Badereisen verzichten. Die Krankenkassen müssen ihre Leistungen herabsetzen. Dazu die Wohnungsnot, die jeden Schutz gegen Seuchengefahr unmöglich macht. Mangel an Kleidern, Wäsche und Seife erschweren wesentlich die für die Gesundheit unentbehrliche Körperpflege. Die Sorge um Nahrung und Fortkommen greifen die Nerven an, beeinträchtigen das seelische Gleichgewicht, erzeugen Nervenschwäche und verleiten nicht selten, im Wunsch nach Betäubung und Ablenkung, zum Alkoholismus.

Und nun die gesundheitlichen Folgen? Die beiden Obermedizinalräte Dr. Krohne und Dr. Dietrich trugen in der erwähnten Sitzung die einschlägigen Tatsachen und Zahlen vor, die uns die allerschlimmsten Aussichten für die nächste und weitere Zukunft eröffnen.

Eine vierköpfige Familie beispielsweise braucht heute allein für den normalen Bedarf an Fett 200 000 Mark, für die normale Ernährung überhaupt mindestens 750 000 Mk. Woher es nehmen? Somit müssen zahlreiche Familien, kleine Gewerbetreibende, Sozialrentner, alte Leute einfach hungern. Die Säuglingssterblichkeit, die vor und während des Kriegs im Rückgang begriffen war, nimmt seit Sommer 1922 wieder bedenklich zu. Der große Milchmangel — vor dem Krieg produzierte Deutschland 24 Milliarden Liter Milch, heute kaum 9 Milliarden — bringt Skrofulose, Drüsenkrankheiten, Rachitis in die Kinderwelt. Die aus 24 preußischen Regierungsbezirken gemeldeten Ziffern über Unterernährung gehen zum Teil erheblich über 50 Prozent hinaus. Kein Wunder, denn Hunderttausende unserer Kinder bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Schlechte Ernährung und Wohnungsnot steigern die Tuberkulose ganz erheblich, die bereits in wesentlicher Abnahme begriffen war.

Dazu nehme man den Kohlenmangel und in dessen Zusammenhang die Erkältungskrankheiten. Allein im 1. Vierteljahr 1922 betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenentzündung in Preußen fast 17 785 gegenüber 14 549 in demselben Zeitraum des Vorjahrs. Die von der Entente geforderte Ablieferung noch größerer Kohlenmengen wird die Zunahme der Erkältungskrankheiten weiter verschlimmern.

Schlimm sind nach den Berichten die Verhältnisse im ärztlichen Stand. Die überhandnehmende Kassenpraxis, die Verarmung der Bevölkerung, ihre zunehmende Gleichgültigkeit gegen Krankheiten und Krankheitsverhütungen, die Scheu vor den „hohen" Gebühren — das alles erschwert das Fortkommen des Arztes, der nicht selten den erlernten Beruf aufgeben muß. Nicht weniger traurig ist die Lage der Apotheken. Unsere Heilanstalten, bis zum Krieg mustergültig und in allen Kulturstaaten anerkannt, befinden sich heute in einer geradezu trostlosen Lage. Von Krankenanstalten mußten 12 Prozent, von Säuglingsheimen 15 Prozent, von Krippen 45 Prozent schließen.

Dr. Krohne schloß seinen traurigen Bericht mit der Bemerkung: „Sollten heute Fälle von Cholera, Pest, Pocken usw. in unser Land eindringen, so würden sie in dem geschwächten deutschen Volkskörper einen günstigen Nährboden finden."

Wahrlich ein trübes Bild — dieses sachverständige Gutachten über die heutige Volksgesundheit. Und da wollen die Franzosen immer noch behaupten, es gehe dem deutschen Volk ausgezeichnet. Es spiele „Hungerkomödie" (Daudet). Es täusche „Zahlungsunfähigkeit" vor, in Wirklichkeit aber habe es alles in Hülle und Fülle. — Nur böser Wille kann so etwas behaupten. In Wahrheit stehen wir hart vor der völligen Zerrüttung unserer Volksgesundheit.

W. H.

Der Plan Poincarés

Gewaltpolitik umhüllt sich gern mit dem Mäntelchen der Heuchelei. Mit einem Seitenblick auf das beleidigt sich zurückziehende England verkündet der Pariser „Matin", man solle doch nicht glauben, daß jetzt Frankreichs Ziel die Ruhrbesetzung sei. Frankreich wolle einfach bezahlt sein und werde sich dieserhalb mit Berlin in Verbindung setzen. Aber den Besprechungen mit Deutschland stehe doch die Beschlagnahme eines Gebiets als Strafmaßnahme nicht entgegen, ja diese Beschlagnahme sei das „natürliche Vorspiel der Besprechungen". Worauf hat es also Poincaré abgesehen? Die Antwort gibt sein Sprecher Millet im „Petit Parisien": Sofortige Besetzung einer ersten, 16 Kilometer tiefen Zone des Ruhrgebiets. Man brauche dazu nur 5000 Mann, vorläufig, um die Zivilbeamten bei der Einziehung der Zölle, der Kohlensteuer usw. zu unterstützen. Nun ist Frankreichs Ministerpräsident ein mit allen Wassern gewaschener Jurist. Er kennt den Versailler Vertrag auswendig. Er weiß, daß für die Vertragsforderungen zunächst nur der staatliche Besitz Deutschlands haftet. Er hält sich also im Ruhrgebiet vor allem an die staatlichen Bergwerke. Diese zerfallen in die eigentlichen Staatsgruben des nördlichen Ruhrgebiets und in die Aktiengesellschaft Hibernia. Die Aktien der Hibernia sind in den Händen des Staats. Mithin fällt auch sie unter die neue Sanktion. Die Förderziffern der von den Staatsbehörden verwalteten Gruben, von denen vor allem die bei Buer gelegenen Zechen Bergmannsglück und Westerhold zu nennen sind, betragen mit den Zechen der Hibernia zusammen zehn Prozent der Förderung des gesamten Ruhrkohlenbezirks. Mit dem gleichen Prozentsatz sind die Staatsgruben an der für die Eisenindustrie ungeheuer wichtigen Koiserzeugung beteiligt. 10 Prozent stellen einen recht beachtenswerten Bruchteil der deutschen Ruhrkohlenproduktion dar. Diese 10 Prozent lie-

---

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

23. (Nachdruck verboten.)

„Wie soll denn das Kind heißen?" hab' ich gefragt, und soll denn das Kind heißen?" hab' ich gefragt, und die Hebamm' gibt mir zur Antwort — es wär' ein Mädel und sollt' nach der Gevatterin Engerlberta heißen. Schön, sag ich, kleine Engelberta, und nehm's bei den linden Händeln, dann gehörst Du mein — Du bist meine Braut und sollst Himmelmooserin werden. Die zwei Frauen haben es für einen Spaß genommen und haben gelacht und gemeint, dem Mädchen könnt' es einmal nicht fehlen, weil es schon auf dem Kirchgang einen Bräutigam bekommen, ich aber hab' einen alten Schatztaler, den ich ein paar Tag' zuvor eingehandelt hab', aus der Tasche gezogen und hab' ihn dem Kind in die Bänder gesteckt, damit es ein Zeichen von mir haben soll — einen alten Salzburgertaler, einen viereckigen."

Das Mädchen war bei der Erzählung immer unruhiger und immer blässer geworden; unwillkürlich hatte sie sich erhoben und hielt sich an dem Wandkasten neben ihr fest; sie zitterte, daß die Gläser und Teller in demselben zu erschüttern begannen; als ihr bei der Beschreibung der Münze kein Zweifel mehr blieb, knickte sie zusammen und fuhr mit einem leisen Aufschrei nach der Stelle, wo der Taler hing, als wäre ihr ein plötzlicher Stich mitten durch's Herz gedrungen.

Der Bauer schien ihre Erregung nicht zu verstehen und fuhr gelassen fort: „Ich hab' in der ersten Zeit nit daran gedacht, nach den Eltern von dem Kind zu fragen, und bald — ich muß es sagen, wie es ist — bald hab' ich die ganze Sach' vergessen; wie es mir dann wieder eingefallen ist, hab' ich nichts mehr erfahren können; die Gevatterin war derweil gestorben; die Hebamm in einen andern Ort gezogen, und so hab' ich nicht erfahren, wem das Kind eigentlich gehört hat und was aus ihm geworden ist. In den letzten Tagen bin ich jetzt daran gemahnt worden, daß ich da mein Wort gegeben und nit gehalten hab', und Wort halten, das ist, so lang' ich leb', mein größter Stolz. Gestern bin ich beim Pfarrer gewesen und hab' mir das alte Taufbuch aufschlagen lassen — es war auch nichts Gewisses heraus zu lesen: d'rum bin ich hinausgefahren zur Rundkapelle, ob ich nicht unter der Hand von dem Einen oder Andern etwas erfahren könnt' — da hat der Anhängertaler seine Schuldigkeit getan und hat Dich mir verraten."

Der Bauer schwieg und schien eine Antwort zu erwarten, aber das Mädchen war noch zu aufgeregt, um eine solche geben zu können.

„Nun, sagst Du gar nichts?" begann er wieder. „Jetzt weißt Du alles; jetzt weißt Du, daß ich ein besseres und ein älteres Recht auf Dich hab', als jeder Andere. Jetzt gib mir eine richtige Antwort!"

Engerl hatte die Hand nicht mehr von dem Geschnür weggebracht und an dem Taler herumgenestelt; nun war derselbe von der Kette gelöst. Raschen Schritts trat sie näher und legte die Münze auf den Tisch.

„Da ist meine Antwort," sagte sie kurz und fest. „B'hüt Gott, Himmelmooser! Wir Zwei sind fertig mit einander."

„Das kann nit Dein Ernst sein," erwiderte der Bauer, indem er sich ebenfalls erhob, während sie sich der Tür näherte. „Du kannst Dir auch wohl einbilden, daß ich nach allem, was jetzt unter uns geredet ist, Dich nit so mir nichts Dir nichts gehen lassen werd', erst müssen wir mit einander im Reinen sein. Ich bin einmal mit Dir versprochen und bleib' dabei: Du mußt Himmelmooserin sein."

„Zu einem solchen Versprechen gehören ihrer zwei," sagte das Mädchen und trat zur Seite, da er ihr den Weg zur Tür versperrt hatte. „Was meinen Teil betrifft, so hab ich nichts versprechen können, weil ich ein Kind gewesen bin, und ich hab' nichts versprochen. Hätt' ich gewußt, was er für eine Bewandtnis mit dem Taler, so hätt' ich ihn schon lange weggeworfen oder in den Opferstock gelegt."

„Ich aber für meinen Teil, ich hab' noch allemal Wort gehalten und will mir nit noch einmal vorwerfen lassen, daß ich's mit Dir nit getan hätt'."

„Ihr sollt Euch schämen, so zu reden," rief Engerl erregter und näher tretend. „Könnt Ihr die Hand auf's Herz legen und mit gutem Gewissen sagen, es wär' Euch damals Ernst gewesen mit dem Versprechen? Könnt Ihr's leugnen, daß Ihr mit der Judika, mit dem Kind und mit Euch selber nur Euren Spott gehabt habt? Wenn's Euer Ernst gewesen wär', wär's nicht Eure Schuldigkeit gewesen, daß Ihr Euch zur rechten Zeit um das Kind gekümmert, daß Ihr dafür gesorgt hättet, daß es ordentlich aufwächst und wert wird, daß Ihr's zu Eurem Weib' macht? Wie, wenn ich nun zu Grund gegangen, wenn ich verwahrlost worden wär' und wär' ein nichtsnutziges Leut geworden? Es ist Euch alles gleichgültig gewesen — drum habt Ihr nur Spott getrieben, ich aber — und wenn Euch alles Andere nit wär', wie es ist — ich nähm' niemals einen Mann, der Spott treiben kann mit einer so heiligen Sach'."

„Ich will Dir ja gerade zeigen, daß ich nicht gespottet hab'," unterbrach sie der Bauer, „und drum will ich Ernst machen. Sei gescheit, Mädel, stoß' Dein Glück nit von Dir — nimm den Taler wieder und überleg' Dir's besser! Was hast Du davon, wenn Du so im Sturm fortgehst? Wirfst einen Bauernhof weg, den man nit alle Tag' auf der Straß' findet, und mit dem, was gestern geschehen ist, bleibt auch alles beim Alten."

Das Mädchen zuckte zusammen und senkte betrübt den Blick zu Boden.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gen für die französische Pfänderpolitik sozusagen greifbar da. Ihre Besitzergreifung bedeutet den Beginn der wirtschaftlichen Zerstörung Deutschlands, und tatsächlich spricht der vorerwähnte Schildknappe Poincarés, der Leitartikler Millet, bereits von der „ökonomischen Zusammenschweißung" beider Länder, die ja in Wahrheit nichts anderes ist, als eine Aussaugung der deutschen Wirtschaftswerte.

Daß es der französischen Regierung vor allem auf die Kohlenbeute ankommt, geht schon aus den vielfachen Meldungen hervor, wonach die Entschädigungskommission demnächst veranlaßt werde, eine „vorsätzliche Nichterfüllung" Deutschlands auch für die Kohlenlieferungen festzustellen. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob der englische Vertreter Bradbury wieder wie bei dem Holzschwindel protestiert oder vielleicht gar aus der Kommission austritt. Frankreich hat die Mehrheit der Kommission in seiner Gewalt. Will sich England aus ihr zurückziehen, so muß es seinen Austritt zwölf Monate vorher ansagen und im Lauf des sechsten Monats danach bestätigen.

Für die künftige „große Aktion" Frankreichs gilt folgende Rechtsgrundlage: Am 31. Dezember 1922 hat die vorläufige Regelung der Entschädigungszahlungen ihr Ende erreicht. Grundsätzlich ist das Londoner Ultimatum wieder in Kraft getreten. Nach diesem Ultimatum hat Deutschland zunächst am 15. Januar eine Barsumme von 500 Millionen Goldmark an die Entschädigungskommission abzuführen. Zur Vermeidung dieser und der folgenden Zahlungen hat Deutschland in der Note vom 13. November eine zweijährige Frist beantragt. Dieser Antrag ist bisher von der Kommission nicht endgültig beantwortet worden, da die Entscheidung der verbündeten Regierungen zuerst auf der Londoner, dann auf der Pariser Konferenz abgewartet werden sollte. Poincarés Politik geht nun dahin, auch nach dem Scheitern der Pariser Konferenz eine rechtzeitige Fristgewährung zu vereiteln und vermittelst der Kommission, die er beherrscht, sofort nach dem 15. Januar die Nichterfüllung auch der deutschen Barzahlungen feierlich festzustellen. Das ist der Plan Poincarés! Er könnte vereitelt werden dadurch, daß Deutschland durch Eingreifen anderer Mächte plötzlich Kredit erhält und zahlt, ferner dadurch, daß die französische Auslegung der Versailler Bestimmungen als unerhörter Betrug gebrandmarkt wird. Aber wer von den mit Frankreich immer noch so freundlich verbundenen Nationen hätte den Mut dazu? Auch ist es heute, wenige Tage vor dem Schicksalstermin des 15. Januar, zu spät. —er.

Schuldspruch der Entschädigungskommission

Paris, 9. Jan. Die Entschädigungskommission hat heute vormittag mit drei gegen eine Stimme (Frankreich, Italien und Belgien gegen den Engländer Bradbury) entschieden, daß die Minderlieferungen deutscher Kohlen auf vorsätzliche Verfehlungen im Sinne des Paragraphen 18 der Anlage II zu Teil 8 des Vertrages von Versailles zurückzuführen sei.

*

Die Komödie, die zum Ekel der Welt in Paris seit einigen Wochen vorgeführt wurde, ist aus. Deutschland ist von der Entschädigungskommission auf Wunsch oder Befehl Poincarés schuldig gesprochen, daß es die ungeheuerlichen Kohlenforderungen Frankreichs in den letzten Monaten absichtlich und böswillig nicht erfüllt habe. Diese Festsetzung braucht Poincaré, um die Besetzung des Ruhrgebietes und noch manches andere mit einem Mäntelchen zu behängen.

Die Lage eingehender zu besprechen, wird noch an anderer Stelle Gelegenheit sein; vorerst möchten wir nur auf die beschämende Rolle hinweisen, die die Entschädigungskommission in dem Kriegsplan Poincarés — denn Krieg ist es, was Poincaré und seine Leute treiben, und nichts anderes — spielen. Die erste Beschuldigung der Kommission, daß Deutschland in den Holzlieferungen bösen Willen gezeigt habe, hat sie nicht mehr aufrecht erhalten können, nachdem der Engländer Sir John Bradbury in hellem Zorn über die verlogene Beschuldigung die Türe zugeschlagen und nach London abgereist war. Nun wurde die Kohlenverfehlung hervorgezogen, um die es nicht anders bestellt ist, als um jene. Die Reichsregierung hat sich die Mühe gegeben, mit handgreiflichen Beweisen die ganze Haltlosigkeit der Beschuldigungen darzutun; Staatssekretär und Sachverständige gingen nach Paris ab. Um den Schein zu wahren, wurden sie sogar — ausnahmsweise — vor die hohe Kommission vorgelassen. Aber sie hätten mit Engelszungen reden können, es hätte sie nichts genützt; das Spiel war längst abgekartet. Warum hat aber diesmal Bradbury nicht die Türe zugeschlagen? Warum ist er überhaupt in die Kommission zurückgekehrt, die nach seiner Aussage mit dem „Holz" einen so „abscheulichen Mißbrauch" getrieben hatte, wie er seit dem nichtswürdigen Verrat der Griechen im Trojanischen Pferd in der Welt nicht wieder vorgekommen ist? Es mag sein, daß Bradbury persönlich mit Ekelempfindungen sich wieder in Paris eingefunden hat, — aber seine Regierung hat ihn inzwischen doch in mancher Beziehung eines anderen belehrt.

Wenn Bradbury auch gegen den Verurteilungsspruch gestimmt hat, — er war dabei und ist dabei geblieben auf Befehl seiner Regierung, der die deutsche Kohlenbedrängnis nicht unlieb ist und die selbst über die von ihr scharf bekämpfte Ruhrbesetzung hinwegsehen oder sie „abwartend beobachten" kann, wenn nur die Geschichte mit den Türken im Orient ins Reine kommt. Und dazu sind, nach den heutigen Nachrichten, die besten Aussichten vorhanden. England wird, mit anderen Worten, für Deutschland keinen Finger rühren. Und Amerika? Angenehm kann den Amerikanern das herausfordernde Vorgehen der Franzosen nicht sein, aber auch sie werden vorläufig „abwartend beobachten", bis die deutsche Mark und der französische Franken gemeinsam auf den Hund gekommen sind und nach Amerika um Hilfe schreien. Mittlerweile aber werden sie auf Deutschland ein scharfes Auge haben, ob es sich benimmt, wie ein Mann in Not sich benehmen soll. Bestehen wir diese Probe in den Augen der Amerikaner, dann werden sie uns zu seiner Zeit gewiß nicht im Stich lassen. — Geben wir alle, vom ersten bis zum letzten Deutschen, uns die redliche Mühe, die neue Kriegserklärung auch ohne Pulver und Blei mutig aufzunehmen.

Neue Nachrichten

Kundgebung für Vaterlandstreue

München, 9. Jan. Im größten Saal Münchens fand vorgestern eine große Kundgebung für das Festhalten am deutschen Vaterland in Not und Gefahr statt. Das Ministerium war fast vollzählig anwesend, ferner Regierungspräsident v. Kahr, General Ludendorff, Generaloberst v. Bothmer und zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden. Präsident v. Kahr hielt als Vorsitzender der nationalen Verbände Münchens die Hauptrede. Nach ihm sprachen Ministerpräsident v. Knilling, General Ludendorff und der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Partei, Hitler.

Der Schiedsspruch im Lohnstreit der Bergarbeiter

Berlin, 9. Jan. Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium hat erkannt: Die Löhne der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter sollen ab 1. Januar durchschnittlich um 700 M, ab 12. Januar um weitere 1000 M erhöht werden. Es wird empfohlen, für gute Arbeit Belohnungen einzuführen. Der Schiedsspruch ist bis 13. Januar anzunehmen oder abzulehnen.

Von der Friedenskonferenz. Ultimatum der Verbündeten?

London, 9. Jan. Durch Reuter wird erklärt, nach der Rücksprache des französischen Vertreters in Lausanne, Barrère, mit Poincaré werden die Friedensverhandlungen einen rascheren Verlauf nehmen als vor der Pariser Konferenz. Die Verbündeten werden jetzt wahrscheinlich einen Vertrag abfassen, der die äußerste Grenze des Entgegenkommens an die türkischen Forderungen darstelle. Diesen Entwurf werde die Türkei anzunehmen oder abzulehnen haben. — Reschid Pascha soll beauftragt sein, mit Bonar Law über die Mossulfrage zu verhandeln.

Die englisch-amerikanischen Schuldverhandlungen

Washington, 9. Jan. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über die Umwandlung der englischen Kriegsschuld sagte der englische Schatzminister Baldwin, Großbritannien wünsche eine geschäftsmäßige Regelung seiner Schulden von 5 Milliarden Dollar auf Grund von Bedingungen, die die englisch-amerikanischen Handelsbeziehungen so wenig wie möglich beeinträchtigen.

Württemberg

Stuttgart, 9. Jan. Neue Gesetze. Das württembergische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, nach dem die Frist für freiwillige Aufhebung der Fideikommisse bis 2 Jahre nach Verkündung des Gesetzes über die Abschaffung der Fideikommisse verlängert werden kann. Ein weiterer Gesetzentwurf bestätigt den preußisch-württembergischen Gerichtsgemeinschaftsvertrag vom 15. Dezember 1922, nach dem das württembergische Oberlandesgericht Stuttgart zum Oberlandesgericht für den preußischen Landgerichtsbezirk Hechingen und das preußische Landgericht Hechingen zum Landgericht für den württembergischen Amtsgerichtsbezirk Balingen bestellt wird.

Stuttgart, 9. Jan. Freiwillige Ueberstunden. Die Angestellten der Stuttgarter Ortskrankenkassen haben sich angesichts der schlechten finanziellen Lage der Kassen bereit erklärt, im Rahmen der Dienstordnung freiwillige Ueberstunden zu leisten.

Tot aufgefunden. Am Montag vormittag wurde in einem Hause der Hasenbergstraße ein 65 Jahre alter Witwer in seinem Bett tot aufgefunden. Der Gashahnen war geöffnet. Der Tod ist zweifellos durch Gasvergiftung, wahrscheinlich schon in der Nacht auf Samstag eingetreten. Den Umständen nach liegt ein Unglücksfall vor.

Nürtingen, 9. Jan. Für eine Gesundung der Lohnpolitik. Die Stadt hat die Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband württ. Gemeinden gekündigt, da bei der Regelung der Löhne der Gemeindearbeiter trotz aller Bemühungen eine größere Abstufung zwischen dem gelernten und ungelernten Arbeiter im Tarif (zurzeit nur 1.30 Mark in der Stunde) nicht erreicht werden konnte.

Gmünd, 9. Jan. Zur Stadtvorstandswahl. Als Bewerber um die Stadtvorstandsstelle sind bisher aufgetreten: Dr. Moritz Debler, Rechtsanwalt in Gmünd; Hermann Gögler, Regierungsrat beim Arbeitsministerium, von Ravensburg; Karl Lüllig, Rechtsanwalt in Ravensburg; Eduard Quinienz, Amtmann beim Oberamt Heidenheim; Dr. jur. Georg Schmid, Regierungsrat in Reutlingen.

Bolheim, OA. Heidenheim, 9. Jan. Billige Särge. Zur Anfertigung von Särgen stellt die Gemeinde jedem Einwohner Holz unentgeltlich zur Verfügung.

Riengen a. Br., 9. Jan. Ein tolles Treiben verursachte ein junger Farren, der einem Metzger beim Transport zum Schlachthaus durchgegangen war. Was ihm in den Weg kam, warf er auf die Seite, so daß alles flüchtete; sogar auf ein Pferdegespann ging er los. Schließlich gelang es dem herbeigerufenen Jagdpächter, Fabrikant, Steiff, das sich wild gebärdende Tier durch einen Schuß zu töten.

Ochsenhausen, 9. Jan. Auszeichnung. Rentamtman a. D. Nachbauer wurde vom Papste auf Neujahr der Silvester-Orden verliehen unter gleichzeitiger Erhebung in den Ritterstand dieses Ordens.

Vom Bodensee, 9. Jan. Schmuggel. Die Zollbehörden sind wieder einem umfangreichen Schmuggelgeschäft zwischen Gottmadingen und Buch auf die Spur gekommen. Sieben Personen, darunter ein Grenzwächter und seine Frau, sind verhaftet. Die geschmuggelten Waren hatten hohen Wert; für etwa 2 Millionen sind davon beschlagnahmt. Die Schweizer betrieben solange der Schnee lag, nachts den Schmuggel, indem sie sich in Leintücher hüllten.

*

Wichtigkeit des Kalks für den menschlichen Körper. Bei einem menschlichen Körpergewicht von 70 Kg. beträgt der Kalkgehalt etwa 1,4 Kg., wovon die Hauptmenge sich in den Knochen befindet. Die tägliche Zufuhr von Kalk in der Nahrung sollte für den Erwachsenen, wie Shermann feststellt, 0.67 Gramm betragen, das ist aber bei einer Nahrung, die hauptsächlich aus Fleisch und Brot besteht, nicht der Fall. Wartende und nährende Mütter benötigen besonders viel Kalk. Daher sagt schon das warnende Sprichwort: jedes Kind kostet einen Zahn — wenn es nämlich in der Nahrung der Mutter an Kalk fehlt. Der Kalkbedarf ist vor allem zu decken durch Milch, denn ein halbes Liter Milch enthält etwa 500 Milligramm Kalk. — Wenn man nur die Milch auch hätte!

Stuttgart, 9. Jan. Sonntagsrückfahrkarten. Am 1. Februar treten in der Ausgabe der Sonntagsrückfahrkarten für die Bahnhöfe von Groß-Stuttgart einige Aenderungen ein. Neben der Neueinführung einer Zone N bis 100 Kilometer und der Ausdehnung der Zone M von 89 auf 90 Kilometer sind in die Zonen K, L und M weitere Stationen aufgenommen worden.

Vermißt wird ein 10jähriger Knabe, der am Erscheinungsfest den Gottesdienst in der Nikolauskirche in Stuttgart besucht hatte und seitdem verschwunden ist.

Eßlingen, 9. Jan. Schenkung. Frau Anna Seitz in Arlington (Amerika) hat der Stadtverwaltung 175 Dollar geschickt zur Unterstützung alter Leute und kleiner Kinder.

Ueber die Kropfbehandlung

Von Dr. W. Schweisheimer

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß es bisher nicht gelungen ist, die Ursache der Kropfentstehung eindeutig festzustellen. Die neuerliche Zunahme der Kropfkrankheit hat der Heilwissenschaft starken Antrieb zur Inangriffnahme der bedeutungsvollen Aufgabe gegeben. Unter Kropf versteht man bekanntlich eine Vergrößerung der Schilddrüse. Die Schilddrüse ist vorn am unteren Teil des Halses gelegen. Je nach dem Sitz der Vergrößerung, ob im rechten, linken oder mittleren Lappen der Drüse, wird die rechte oder linke Halshälfte dicker. Geringere Grade dieser Vergrößerung werden als Kropfanlage, dicker Hals oder Blähhals bezeichnet. Stärkere Grade oder das Wachsen der Schilddrüse „nach innen", d. h. gegen Luftröhre und die dahinter gelegene Speiseröhre zu, bewirken Atem- und Schluckbeschwerden, die eine Behandlung des Leidens unbedingt erfordern. Die operative Kropfbehandlung hat einen hohen Grad von Erfolgsicherheit erreicht.

In vielen Fällen, namentlich bei mäßigen Graden der Schilddrüsenvergrößerung, sind es mehr schönheitliche als gesundheitliche Gründe, die den Einzelnen zur Bekämpfung des Leidens veranlassen. Das ist um so eher verständlich, weil Frauen und Mädchen weit öfters eine Schilddrüsenvergrößerung aufweisen als Männer. Wodurch dieser Unterschied bei den beiden Geschlechtern bedingt wird, ist nicht geklärt. Der Stoff, den die Schilddrüse „nach innen", ins Blut, absondert, ist lebenswichtig. Sein offenbar hauptsächlich wirkender Bestandteil ist ein jodhaltiger Eiweißkörper. Wahrscheinlich kommt der Schilddrüse eine entgiftende Tätigkeit gegen Gifte zu, die sich beim Abbau und der Verdauung der Nahrung bilden und die im Blut vorhanden sind.

Unrichtig ist das weit verbreitete Vorurteil, daß die Bildung von Kropf und Kropfanlage auf Turnen oder sonstigen heftigen körperlichen Anstrengungen beruhe. Bei vorhandener Neigung zur Kropfbildung kann allerdings die Stauung in den Blutadern des Halses während einer mit Atemanhalten verbundenen Körperanstrengung zu einer rascheren Entwicklung der Kropfanlage führen oder erst den Anstoß dazu geben. Aber es handelt sich bei dieser Krankheit um eine richtige Volksseuche, die in bestimmten Gegenden alle oder die meisten Bewohner in stärkerem oder geringerem Grad befällt. In Europa sind die Alpengegenden besonders betroffen, so die Schweiz, Kärnten, Steiermark und Tirol, Bayern, die französischen Alpendepartements usw. Aber auch in Württemberg, Baden, der Pfalz, im Harz und Riesengebirge gibt es viel Kropf, während er in der norddeutschen Tiefebene, in Holland und Dänemark, selten ist. Kommen Menschen, die in kropffreien Gegenden wohnten, in „Kropfgegenden" so schwillt häufig auch ihre Schilddrüse an. Das verschwindet beim Verlassen dieser Gegenden wieder.

Lange Zeit hat man das Trinkwasser als Ursache für die Kropfentstehung betrachtet, und die Möglichkeit, daß in der Tat im Trinkwasser die Ursache zu der Schilddrüsenvergrößerung gelegen ist, ist nach wie vor gegeben. Ob aber das Wasser vielleicht Stoffe enthält, die mit der Bodenbildung in geologischer Hinsicht zusammenhängen, ob ein Krankheitskeim, ein Kropf-„Erreger" im Wasser enthalten ist, ob gewisse Salze im Wasser fehlen, die notwendig zur Verhütung des Kropfes sind, — darüber haben sich noch keine sicheren Befunde erheben lassen.

Neuerdings führt man die Vergrößerung der Schilddrüse auf den Mangel an Jod in der Nahrung zurück. Die Schilddrüse erhält nach dieser Auffassung mit der Nahrung nicht die nötigen Jodbestandteile zugeführt, die sie zur Erzeugung ihres Produktes, des lebensnotwendigen jodhaltigen Eiweißkörpers, braucht. Zum Ausgleich tritt infolgedessen eine Vergrößerung des Organs ein, das mit den neugebildeten Zellen mehr von dem notwendigen Jodeiweißkörper gewissermaßen zu bilden „hofft", als vorher in dem kleineren Zustand. Die Behandlung der Kropfkrankheit hat aus praktischen Erfahrungen seit jeher der Jod-Darreichung eine überragende Stellung eingeräumt. Eine solche Jodeinnahme ist aber etwas sehr Einschneidendes für den Körper und darf nur unter gewissenhafter ärztlicher Ueberwachung vorgenommen werden. Sonst kann in kurzer Zeit eine Jodvergiftung eintreten, mit starken Herzstörungen, Abmagerung und schweren nervösen Erscheinungen. Vor den gewöhnlichen „Kropfmitteln", in der Mehrzahl jodhaltigen Salben, kann deshalb nicht scharf genug gewarnt werden.

Das Wichtigste bei der Bekämpfung einer derart verbreiteten Volkskrankheit ist ihre Verhütung. Nach der Jodtheorie sollen deshalb, wie neuere Vorschläge befürworten, den heranwachsenden Jugendlichen kleine Jodgaben zur Verhütung des Kropfes gegeben werden. Wie amerikanische Aerzte zeigten, genügen ganz geringe Mengen, regelmäßig verabreicht, und spätestens zwischen 10 und 17 Jahren begonnen, zur Verhütung des Kropfes in vielen Fällen. Namentlich Schweizer Aerzte treten für derartige Maßnahmen ein, sie konnten damit offensichtlich Erfolge erzielen. Das Jod wurde zum Teil als Jodnatrium in wässeriger Lösung gegeben, oder in den Schulen allwöchentlich einmal in Schokoladebonbons. Man hat auch in Schulen Jodpräparate, zum Beispiel Jodsalze, Jodtinktur usw., in offenen weithalsigen Flaschen aufgestellt. Durch die Verdunstung dieser Flüssigkeiten sollen fortwährend geringste Mengen von Jod in die Luft gelangen und von da mit der Einatmungsluft durch die Lungen in den Körper. Es erscheint aber doch fraglich, ob solche Mengen Jod wirklich ausreichend für den beabsichtigten Zweck sind.

Von verschiedenen Seiten wird der Zusatz von geringsten Mengen Jod zum Kochsalz als zweckmäßig bezeichnet, wie es bei dem aus dem Meer gewonnenen Kochsalz ohnehin vielfach der Fall ist. Es ist eine bekannte Beobachtung, daß sich „dicke Hälse" während eines Aufenthaltes am Meer nicht selten zurückbilden. Das Meerwasser ist jodhaltig, und möglicherweise genügen die geringen Mengen, die mit der feuchten Seeluft eingeatmet oder beim Baden mit dem Meerwasser verschluckt werden, zur Erklärung dieser Erscheinung auch da, wo nicht unmittelbar aus dem Meer gewonnenes Kochsalz bei der Nahrungszubereitung verwendet wird.

Der Garten im Januar

Die milde Witterung ermöglicht noch alle Erdarbeiten im Gemüsegarten, z. B. das Rigolen oder Wenden des Bodens auf größere Tiefe, das einfache Graben, Ausebnen tiefer Stellen oder Abhänge, das Auffahren von Komposterde, von Jauche und Abortdünger, die Düngung mit Kalisalzen, Thomasmehl und Kalk. Nur darf gebrannter oder Aetzkalk nicht obenauf liegen bleiben, weil er sonst seine Wirksamkeit verliert und wieder in kohlensauren Kalk sich umwandelt. Aetzkalk muß eingekrümmert werden. Allen Gartenbesitzern, die nicht genügend Mist für den Boden beschaffen können, ist dringend die Anlage eines Komposthaufens anzuraten, um

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

den Mangel an humusbildenden Bestandteilen im Boden vorzubeugen. Durch Kunstdünger ist eine vollständig ausreichende Düngung nicht möglich. Die Erfahrung hat bestätigt, daß der Stallmist die Grundlage der Düngung, besonders im Gemüsebau ist und die Kunstdünger nur die Ergänzung dazu sein können. Dann kann durch einen Wechsel der Anbaufläche für die verschiedenen Gemüsearten die vollständige Ausnützung der Düngung erreicht werden. Dieser Wechselbau ermöglicht die sparsamste Düngung. Wer im Februar Wurzelgemüse säen will, sorge rechtzeitig für Sämereien, von denen man nicht mehr bestellt, als tatsächlich gebraucht wird. Zum Ausbessern der Wege durch Auffüllen mit Steinkohlenschlacke und grober Asche ist jetzt die beste Zeit. Die Gemüsemieten sind nach Bedarf zu lüften und gegen Mäuse zu sichern.

Im Obstgarten sind die Baumscheiben zu graben. Die Düngung der Bäume ist zu erledigen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Jauche und Abortdünger als Stickstoffdünger hauptsächlich auf den Holztrieb wirken. Zur richtigen Volldüngung gehört noch Phosphorsäure, Kali und Kalk. Wir müssen deshalb auf 100 Quadratmeter 4 Kg. Thomasmehl, 3—4 Kg. 40prozentiges Kalisalz und 3 Kg. Kalk geben und diese im Umkreis der Baumkrone untergraben, weil dort die feinen Saugwurzeln sind. Junge Bäume bedürfen vielfach neuer Pfähle und des Anbindens. Die Leimringe werden abgenommen und nötigenfalls aufgehoben, wobei allerdings die Vernichtung angesammelter Schädlinge zu erfolgen hat.

Im Ziergarten werden Sträucher beschnitten, auch wilder Wein, Rankrosen und dergl. Schlinggewächse ausgeputzt. Die Neuanlage von Blumenbeeten wird vorbereitet, der Rasen mit Jauche und Ofenruß gedüngt. An Staudenbeeten und Rosen sind die Winterschutzdecken bei mildem Wetter zu lüften. Unsere Zimmerpflanzen verlangen sorgfältiges Begießen. Jedes Zuviel ist vom Uebel. Zugluft beim Lüften der Zimmer am Morgen, übermäßige Wärme und trockene Luft sind ihnen von Nachteil. Die kaltstehenden Pflanzen im Keller oder in einem ungeheizten Zimmer verlangen öfters Lüften der Räume bei mildem Wetter. Blühende Pflanzen, die im geheizten Zimmer stehen, sind bei Bedarf mit lauwarmem Wasser zu begießen.

Etwas von den Steuern 1922

Zur notdürftigen Anpassung der Steuern an das Sinken der Mark ist im abgelaufenen Jahr mancherlei Flickwerk am rasch und flüchtig zusammengezimmerten neuen Steuersystem des Reichs vorgenommen worden. Am Wesen der Reichseinkommensteuer hat sich bei dieser Anpassungsarbeit wenig verändert. Etwas vereinfacht wurde die Erbschaftssteuer, bei der die Nachlaßsteuer in Wegfall kam; hoffentlich bringt das neue Jahr eine wesentliche Erhöhung der Grenze der Steuerfreiheit; denn Arbeitsaufwand und Erhebungskosten scheinen bei der Versteuerung der zahlreichen kleineren Erbschaftsfälle in keinem Verhältnis zu dem Reinertrag zu stehen. Neu kam im abgelaufenen Jahr die Vermögenssteuer zu der großen Reihe der schweren Belastungen des Besitzes, und die drückende Notstandsmaßregel der Zwangsanleihe. Dafür kommt der Rest des Reichsnotopfers nicht mehr zur Erhebung. Nur durch die allerschlimmste Notlage zu entschuldigen ist die ebenfalls vorgenommene, den Verbrauch und die Produktion schonungslos belastende Erhöhung der Kohlensteuer und die der allgemeinen Umsatzsteuer. Die Bemühungen um Beseitigung der Fehlbeträge bei Reichspost und Reichseisenbahn bezahlt die Bevölkerung durch die enormen Erhöhungen aller Gebühren — eine unvermeidliche Kehrseite der Geldentwertung. Die Bundesstaaten, die auf ihre ertragreichsten Steuerquellen zugunsten des Reichs verzichten mußten, suchen die ihnen verbliebenen Einnahmemöglichkeiten nach Kräften auszunutzen. Als Besitzer der großen Staatsforsten haben sie ein Interesse an hohen Holzpreisen, die noch höher getrieben werden durch die großen, von Deutschland zu leistenden Holztribute an die Feindstaaten. Die Verteuerung dieses Rohstoffes gibt der eng kartellierten Papierindustrie den Anlaß zu den schwindelhaft hohen Papierpreisen. Die Leidtragende ist die deutsche Presse, die durch die ungeheuerlichen Geldanforderungen, die der Papierankauf an sie stellt, die wirtschaftliche Grundlage ihres selbstständigen Daseins erschüttert sieht. Oder ist vielmehr nicht zuletzt das ganze deutsche Volk der leidtragende Teil angesichts der Gefahr, daß ihm in den entscheidungsschwersten Zeiten einer Geschichte ein seiner Aufgabe gewachsenes Zeitungswesen fehlen könnte? Die Gefahr ist groß und drohend; nur die Einsicht und Anhänglichkeit der Lesermassen kann sie bannen. Sonst wird die Möglichkeit, sich von selbständig urteilenden Beobachtern über alle Vorgänge in der Welt unterrichten zu lassen, wiederum, wie in früheren Zeiten, ein Vorrecht weniger Besitzender und Mächtiger.

Lokales.

Wildbad, den 10. Jan. 1923.

10 Jahre „Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein in Wildbad. 10 Jahre sind es her, als einige Geflügel- und Kaninchen-Züchter die Bedeutung der Kleintierzucht, die Hebung und Förderung derselben in der Gründung eines Vereins erblickten. Dies zur rechten Zeit, denn der Krieg und die folgende Hungersnot hat uns die Bedeutung der Kleintierzucht erst recht zur Erkenntnis gebracht. Dieses 10jährige Stiftungsfest soll in Form einer Jubiläums-Ausstellung von Geflügel und Kaninchen in der Turnhalle am nächsten Samstag und Sonntag, den 13. und 14. Januar gefeiert werden. Zur Ausstellung gelangen Gänse, Enten und Puten aller Art, von den schwersten Hühnerrassen: Brahms, Orpingtons rc. bis zu den kleinsten Bantams und Zwerg-Cochins. Ebenfalls sind die Kaninchen in großer Variation vertreten. Durch die Bemühungen des Vereins und des Bezugs von auswärtigen Bruteiern, sowie Kaninchenjungtieren ist dem Verein die Möglichkeit gegeben in Zukunft seinen Mitgliedern das teure Porto für Bruteier rc. zu ersparen indem der Nachwuchs an geeigneten, dem Klima entsprechenden Zuchtrassen am Platze beschafft werden kann. Mögen die Bestrebungen des Vereins durch einen regen Besuch der Ausstellung gefördert werden zum Nutzen und Frommen der Allgemeinheit. Hr.

Bürgerversammlung. Am Erscheinungsfest, 6. Jan. 1923, fand in der städt. Turnhalle eine Bürgerversammlung statt. Schon ¾ Stunde vor 3 Uhr war das große Gebäude dicht besetzt. Ca. 1400 Personen erschienen, um sich an den Aussprachen über die letzten Vorgänge in hiesiger Stadt zu beteiligen. Nach Eröffnung der Versammlung erhielt der Referent, Dr. Rechtsanwalt Kohler-Stuttgart, das Wort. Derselbe verstand es meisterhaft, gerade die kommende Frage des Holzgeldes vom rein akademischen Standpunkt zu behandeln. In längeren Ausführungen legte er klar, daß die Bürger auf ihre Rechte nicht verzichten können und daß selbst der Stadtvorstand in seiner seinerzeitigen Wahlrede ausdrücklich betont habe, in der Frage des Bürgernutzens ganz und voll dafür einzutreten, daß dieser erhalten bleibe. Redner streifte und beleuchtete noch einige Momente aus der Amtsführung der Stadtverwaltung und schloß unter brausendem Beifall seine Rede um einer Diskussion und freien Aussprache noch Zeit zu lassen. Von der freien Aussprache wurde vonseiten der Einwohnerschaft aber auch reger Gebrauch gemacht. Manches was hier zu hören war, gab Anlaß zu bedenken. Am Schluß der Versammlung wurde eine Kommission, bestehend aus 10 Mitgliedern, gewählt, die beauftragt wurde, dem Gemeinderat die Wünsche der Einwohnerschaft persönlich zu unterbreiten u. gleichz. eine Resolution, die einstimmige Annahme fand, dem Gemeinderat zu überreichen. — Wie wir hören, soll bereits eine diesbezügliche Eingabe dem Gemeinderat vorliegen und wird wohl in der nächsten Sitzung die Aussprache stattfinden.

Kleine Anzeigen haben im „Wildbader Tagblatt" den besten Erfolg

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 9. Januar 1 [illegible] 5 (9 403.70).

1 Pfund Sterling 45 885. — 100 holl. Gulden 392 017.—, 100 Schweizer Franken 187 031.—, 100 franz. Fr. 66 583.—, 100 ital. Lire 48 129.—, 100 österr. Kr. 14.06, 100 tschech. Kr. 26 752.—, 100 poln. Mark 51.50.

Der Steuerbedarf aller Gemeinden Deutschlands für das Jahr 1922 wird auf 303¾ Milliarden berechnet. Die Einnahmen aus eigenen Steuern, Zuweisungen an Reichssteuern und Besoldungszuschüssen dürften etwa 135¾ Milliarden betragen, sodaß sich ein ungedeckter Fehlbetrag von 167¾ Milliarden Mark ergibt.

Neue Provisionsforderungen der Banken. Die der Berliner Stempelvereinigung angehörigen Banken und Bankiers sind übereingekommen, bei Ueberdispositionen der Kundschaft, soweit diese honoriert werden, eine Sondervorschußprovision von 0.5 je Tausend für das Stück zu belasten.

Der Zuckerpreis wurde in Dresden ab 15. Januar auf 340 bis 360 Mark das Pfund festgesetzt.

Der Weizenmehlpreis für Spezial 0 wurde von der Südd. Mühlenvereinigung auf 64 000 ℳ für 100 Kilo erhöht; bezahlt wurden bis 67 000 Mark.

Margarinepreise. Innerhalb der Margarineindustrie sind mit Wirkung vom 8. Januar ab folgende Großhandelspreise pro Pfund festgesetzt worden: Tafelmargarine 1. 1250 ℳ, 2. 1085 ℳ, 3. 1070 Mark, billigste Sorte 1055 ℳ, Schmelzmargarine 1297 ℳ, Ziehmargarine 1176 ℳ.

Erhöhte Nähgarnpreise. Die Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwollnähfaden G.m.b.H. München, die ab 4. ds. Mts. wie bekannt den Aufschlag auf die Liste vom 21. August v. Js. um 30 Punkte auf 600 v. H. erhöht hat, setzte ihn am 8. Januar weiter auf 680 v. H. hinauf. Dies bedeutet eine Preiserhöhung ab 4. dieses Monats um 4 v. H. und ab 8. ds. Mts. um weitere 11 v. H.

Mannheimer Produktenbörse vom 8. Jan. Die Ruhrbedrohung durch die Franzosen mit ihren verheerenden Wirkungen auf unsere Zahlungsmittel brachte auch am Getreidemarkt neue Preiserhöhungen. Die Kurse sind jedoch bei fester und steigender Haltung in der Hauptsache nur als nominell zu betrachten, da man sich nach Möglichkeit von neuen Geschäftsabschlüssen zurückhält. Genannt wurden für die 100 Kilo netto waggonfrei Mannheim ohne Sack: Weizen 40 000—41 000 ℳ, Gerste 29 000—30 500 ℳ, inländ. Hafer 28 000—29 000 ℳ, ausländ. Hafer 39 000—41 000 ℳ, Mais 36 000 bis 38 000 ℳ, Wiesenheu lose 20 000—22 000 ℳ, Luzerne-Kleeheu 22 000—24 000 ℳ, Preßstroh 16 000—18 000 ℳ, gebundenes 14 000 bis 15 000 ℳ, Weizenkleie 1700 ℳ, Weizenmehl 61 000—62 000 ℳ.

Märkte

Stuttgart, 9. Jan. Schlachtviehmarkt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 74 Ochsen, 14 Bullen, 140 Jungbullen, 134 Jungrinder, 154 Kühe, 329 Kälber, 279 Schweine, 2 Schafe. Unverkauft blieben 3 Ochsen und 11 Jungrinder. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht (in tausend Mark): Ochsen 1. Sorte: 55—58,5, 2.: 42—50, Bullen 1.: 50—54, 2.: 42 bis 49, Jungrinder 1.: 55—59,5, 2.: 49—53, 3.: 40—46, Kühe 1.: 40—45, 2.: 32—37, 3.: 26—30, Kälber 1.: 75—79, 2.: 70—74, 3.: 60—66, Schweine 1.: 75—79, 2.: 70—74, 3.: 55—62. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Eßwangen, 9. Jan. Pferdemarkt. Dem Pferdemarkt waren über 800 Stück zugetrieben. Für einjährige Fohlen wurden 400 000 bis 500 000 Mark, für zweijährige von 1—1,5 Millionen Mark bezahlt, ältere Arbeitspferde erzielten je nach Güte 200 000 bis 800 000 ℳ, Schlachtpferde 100 000 ℳ. Die Händler erhielten für schöne Tiere 2, 3 und 4 Millionen Mark für das Stück. — Vom Landw. Bezirksverein und der Stadt waren zur Prämiierung von Stuten und zweijährigen Fohlen 15 000 ℳ ausgeworfen worden.

Viehmarkt Karlsruhe, 8. Jan. Zufuhr: 171 Stück: 17 Ochsen, 20 Farren, 12 Kühe, 35 Färsen, 36 Kälber, 51 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte: 62—64 000 ℳ, 2.: 59—62 000 ℳ, 3.: 57 700—59 000 ℳ, 4.: 54—57 500 ℳ, Farren 1. Sorte: 50—52 000 ℳ, 2.: 47 500—50 000 ℳ, 3.: 44—47 000 ℳ, Kühe 1. Sorte: 62 500—64 000 ℳ, 2.: 58—60 000 ℳ, 3.: 56 500 bis 62 500 ℳ, 4.: 54 500—56 500 ℳ, 5.: 22—24 000 ℳ, Kälber 3.: 56 500—60 000 ℳ, 4.: 55—56 500 ℳ, 5.: 50—55 000 ℳ, Schweine von 240—300 Pfund: 77 500—80 000 ℳ, von 200—240 Pfund 76—77 500 ℳ, von 160—200 Pfund: 74—76 000 ℳ, unter 160 Pfund: 73—74 000 ℳ, Sauen: 71—73 000 ℳ. Tendenz des Marktes: langsam. Der Markt wurde geräumt.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 8. Jan. Der Auftrieb betrug 1017 Stück Großvieh, davon 132 Ochsen, 142 Farren, 743 Kühe und Rinder und 370 Kälber, sowie 703 Schweine. Bezahlt wurden für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 38—65 000, Farren 42—56 000, Kühe und Rinder 32—65 000 ℳ, Kälber 68 000 ℳ, Schweine 72—85 000 ℳ. Haltung: mit Großvieh mittelmäßig, langsam geräumt, mit Kälbern langsam geräumt, Schweine mittelmäßig, ausverkauft.

Radfahrer-Verein „Schwarzwald" Wildbad.

Sonntag, den 14. Januar 1923, nachm. 2 Uhr

General-Versammlung

im Lokal Gasth. z. wilden Mann.

Tagesordnung:

1. Berichte der Vorstandschaft.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Die aktiven und passiven Mitglieder werden freundlichst eingeladen und bittet um zahlreichen Besuch

Der Vorstand.

Wildbad, den 9. Januar 1923.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Lina Schulmeister

nach langem schwerem Leiden im Alter von 77 Jahren heute gestorben ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Bruder:

Fritz Schulmeister.

Beerdigung Donnerstag nachm. 3 Uhr.

Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein Wildbad e. V.

Kommenden Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Januar 1923 findet in der städt. Turnhalle die

Jubiläums-Ausstellung

verbunden mit einer Glückshafen-Lotterie

statt, wozu die verehrl. Einwohnerschaft von Wildbad und Umg. zum Besuch freundlichst eingeladen wird.

Eröffnung der Ausstellung Samstag mittag 3 Uhr.

Sonntag abends ab ½8 Uhr im Hotel Traube

Familien-Abend. Hiezu werden die Mitglieder mit ihren Familienangehörig. um zahlreiches Erscheinen gebeten. Der Ausschuß

Freiw. Gaben zur Verlosung wollen bis spätest. Freitag abend bei H. Fröhlich, Buchdr. abgegeben werden.

Geflügel- und Kaninchen-Züchter-Verein Wildbad e. V.

Morgen Donnerstag abend 7 Uhr in der Turnhalle **Aufstellung der Käfige.** Es wird erwartet, daß bei Auf- und Abbau der Käfige sämtliche Aussteller tätigen Anteil nehmen im Interesse einer schnellen Abwicklung.

Die **Einlieferung der Tiere** muß **Freitag abend in der Zeit von ½7—½9 Uhr erfolgen.** — Die eingelieferten Tiere **müssen Samstag vormittags ½9 Uhr gefüttert sein,** da um 9 Uhr die Richtung beginnt.

Die Ausstellungsleitung.

Fußball-Verein Wildbad.

verein. Fußball- und Sportverein

Morgen Donnerstag abend 8 Uhr

Ausschuß-Sitzung

im Gasth. z. Silberburg.

Tagesordnung:

Generalversammlung.

Erscheinen sämtlicher Ausschußmitglieder dringendnötig.

Der Vorstand.

LIEDERKRANZ

Heute abend 8 Uhr

Singstunde

im Lokal.

Der Vorstand

Gummistempel Stempelkissen

liefert stets rasch und billig

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Herren-Anzüge,
Ulster, Schlüpfer,
Feldgraue Hosen,
Manchester-Hosen,
Gestreifte Sonntagshosen,
Buxkin-Hosen,
Zwirnhosen,
Engl. Lederhosen,
Winterlodenkittel,
Windjacken,
Arbeitsmäntel,
Drilch-Anzüge,
Blaue Arbeitsanzüge,
sowie sämtliche Sorten
Schuhwaren, offeriert

Weintraub,
Karlsruhe, Kronenstr. 52

Frauen! Ausschneiden!

Warten Sie nicht bis morgen, sondern schreiben Sie sofort, wie lange Sie klagen, helfe Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel.

Garnitur Stärke I und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen). Erfolg oft in 1—3 Tagen ohne Berufsstörung. Garantiert unschädlich. Garantieschein jeder Sendung beigefügt.

Dankschreiben: Frau B. aus L. schreibt: „Ueber Nacht kam der Erfolg. Herzlichen Dank." — Frau E. Sch. aus S. schreibt: „Große Vorteile hatte ich von Ihnen, werde Sie weiter empfehlen!" — Frau R. aus L. schreibt: „Vor einigen Monaten leisteten mir Ihre Sendung vorzügliche Dienste, bitte dieselbe noch einmal."

W. Gurski, Charlottenburg 2/2131
Grolmanstraße 37.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw